

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 21 (1980)  
**Heft:** 18

**Artikel:** Die Krise im Spiegel der polnischen Presse  
**Autor:** L.R.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093929>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Krise im Spiegel der polnischen Presse

Die Parteizeitung «Trybuna Ludu» erwähnte am 18. August erstmals offen die «Arbeitsniederlegungen» im Küstengebiet und verlangte «gesellschaftliche Disziplin». Gleichentags hielt Parteichef Gierek eine Radio- und Fernsehrede, in der er von «verantwortungslosen Individuen» und «anarchistischen, antisozialistischen Gruppen» sprach, welche die bestehende Spannung politisch ausnützen wollten.

Die ganze Presse übernahm Giereks Rede und begann, die Feinde zu suchen. Die «Trybuna Ludu» verwendete das Wort «Streik» erstmals am 20. August: «Streiks und Arbeitsunterbrüche sind, unabhängig von der Absicht der Mehrheit ihrer Befürworter, kein taugliches Mittel zur Behebung der Schwierigkeiten.» Da Streiks im Arbeitsrecht verboten sind und strafrechtlich geahndet werden sollen, mussten Schuldige gesucht werden: «Das Verantwortungsbewusstsein muss den antisozialistischen und volksfeindlichen Elementen eine entschiedene Abfuhr erteilen, da diese die Welle der gesellschaftlichen Kritik nutzen wollen...», um die Einheit der Nation zu zerschlagen.» Die Gewerkschaftszeitung «Głos pracy» forderte gleichentags die Wiederaufnahme der Arbeit als Voraussetzung für Verhandlungen.

Sehr hart formulierte die Jugendzeitung «Sztandar Młodych». Ein redaktioneller Artikel stellte am 20. August fest: In Danzig «sind antisozialistische Elemente am Werk, deren Tätigkeit unserem Land tragische Schäden zufügen kann. Daher ist es eine patriotische Pflicht, jenen, die keine Gelegenheit versäumen, um für sich politisches Kapital zu schlagen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen».

Am weitesten ging die Danziger Lokalzeitung «Głos Wyrzeza», die noch am 20. August von einer «Diktatur der Streikführer» gesprochen hatte: «Der freie Wille der Bürger wird einge-

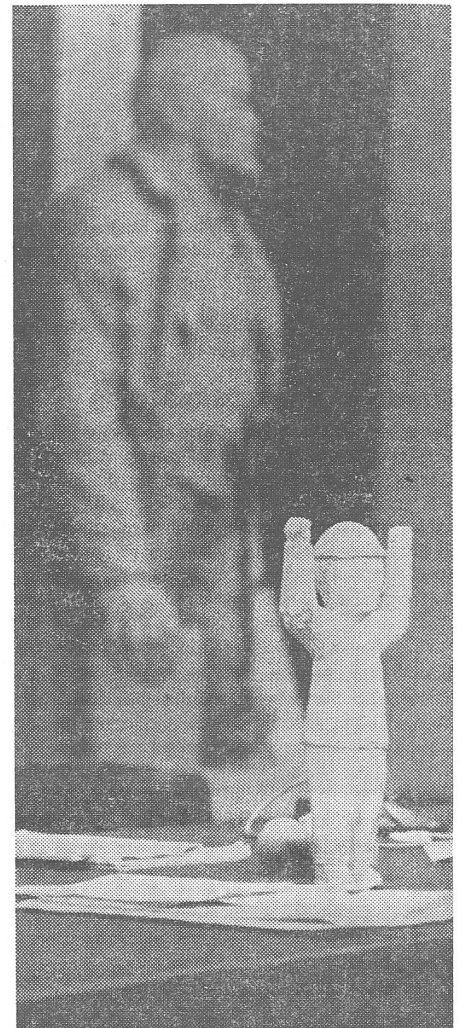
schränkt und öfters direkt unterdrückt... Arbeitnehmern, die ihre Arbeitspflichten erfüllen wollen, werden Maschinen und Einrichtungen zerstört.» Diese Verleumdungen wurden indessen rasch fallengelassen.

Am 21. August greift «Sztandar Młodych» die Forderung nach freien Gewerkschaften an: «Freie? Um welche Freiheit handelt es sich? Sagen wir es offen: Es geht darum, dass diese frei werden, um das sozialistische System abzulehnen. Es geht darum, dass aus diesen Vereinigungen ein institutionell anerkanntes Organ für partei- und staatsfeindliche Umtriebe geschmiedet wird.»

Aehnlich auch «Trybuna Ludu», die am 22. August erstmals auf angebliche Einflüsse aus dem Ausland hinwies: Die Forderung nach freien Gewerkschaften «ist nicht neu; sie wurde in verschiedenen, von diesen Gruppen illegal herausgegebenen oder im Ausland hergestellten Schriften verbreitet». Mit freien Gewerkschaften sollten in der Arbeiterschaft «politische Inseln mit ausgesprochen sozialismusfeindlichem Antlitz geschaffen werden». Ein weiteres Verlangen wurde abgelehnt, nämlich die Freilassung politischer Häftlinge: «Solche gibt es nicht! Diese Forderung bezieht sich auf einige Personen, die nicht wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit bestraft werden, sondern wegen ihrer strafbaren Handlungen.»

Nachdem als Verhandlungsleiter der Regierung Vizepremier Pyka durch seinen Kollegen Jagielski abgelöst worden war, änderte sich der Ton der Presse zusehends. Gierek sprach auf dem IV. Plenum des Zentralkomitees der Partei am 24. August nur noch von der «Zurückweisung der Angriffe auf die grundlegenden Prinzipien unseres Systems». Vom 26. August an verschwanden alle beleidigenden Angriffe auf die Streikenden. Ein grosses Verdienst daran dürfte dem Chefredaktor der Wochenzeitung «Polityka», M. F. Rakowski, zufallen, der am 23. August schrieb: «Es gibt keine Mitverantwortung ohne Beteiligung an der Macht. Der Mensch fühlt Mitverantwortung für den Staat, wenn er auf die staatliche Politik tatsächlich Einfluss hat.»

Am 28. August veröffentlichten die Zeitungen die Stellungnahme der Regierungskommission für die Verhandlungen mit den Streikenden, die zur bekannten Vereinbarung führte. Unklar blieb seither die Frage wirklich freier Gewerkschaften. Die «Trybuna Ludu» vom 29. August sah nur Gewerkschaften, die von der Verwaltung unabhängig sind. Der neue Chef der Gewerkschaften, Jankowski, sprach von «Gewerkschaften im Rahmen der Verfassung und des Rechts», sowie von der «Wahrung der Einheit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung» («Trybuna Ludu», 29. 8. 1980). In Parteiversammlungen wurden «selbstverwaltende Gewerkschaften im Rahmen der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen» gefordert («Trybuna Ludu», 27. 8. 1980). Von der ebenfalls postulierten Pressefreiheit schrieb keine Zeitung.



Symbol des Erfolges: Holzfigur eines polnischen Arbeiters vor einer Statue Lenins.

Ein wichtiger Grundsatzartikel erschien in der «Trybuna Ludu» vom 27. August. Ryszard Wojna umschrieb dort die Trennungslinie: «Es gibt Fragen — und es ist Pflicht der Partei, dies klar und unmissverständlich zu sagen — über die nicht diskutiert werden kann», so das Bündnis Polens im Rahmen des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie die Grundlagen des politischen Systems. Am 29. August hielt die gleiche Zeitung fest, die Zugehörigkeit Polens zum Ostblock sei kein Gesprächsgegenstand: «Die aussenpolitischen Beziehungen Polens sind unveränderlich.»

Es lassen sich somit drei Phasen der Pressereaktion auf die Krise ausmachen. Anfänglich wurde der Streik verschwiegen. Der Herd sollte eingedämmt werden, um alle Ansteckungsgefahr zu vermeiden. Sogar Telefonverbindungen wurden unterbrochen.

Als sich das als unmöglich erwies, wurden die streikenden Arbeiter angegriffen, zuweilen sogar grob. Nach altem Rezept wurde nach Volksfeinden und Aufwiegeln gesucht.

Schliesslich wurde das Ausmass der Bewegung und die Gefahr der Lage erkannt. Die Regierung



Polens Lage durch die Blume: «Arbeite, Kowalski, sonst erhalten wir keine Prämie» (Szpiłki, 20. 7. 80).

# Polen in der osteuropäischen Presse

Die sowjetische Presse hat erwartungsgemäss reagiert. Sie schrieb von «Arbeitsunterbrüchen» und bis zum 3. September nie von Streiks. Die Forderungen der Streikenden sind konkret nicht wiedergegeben worden, jene nach freien Gewerkschaften und Aufhebung der Zensur wurden überhaupt nicht erwähnt.

Selbstverständlich wurden die Ursachen für die Krise beharrlich im «kapitalistisch-imperialistischen» Ausland gesucht, und die Arbeiterführer wurden generell als antisozialistische Elemente bezeichnet.

Dem sowjetischen Leser wurde die Tatsache verschwiegen, dass den polnischen Arbeitern schliesslich erhebliche Konzessionen eingeräumt worden sind.

Ein klassisches Beispiel an Desinformation lieferte die «Prawda» vom 24. August, in der ein Artikel der «Trybuna Ludu» vom Vortag angeblich zusammengefasst wiedergegeben wurde. Aus dem polnischen Artikel wurden ausgelassen: Selbstkritik an Parteiversammlungen in Polen, Kritik an den Gewerkschaften, Hinweise auf die grossen Lohnunterschiede.

Dafür wurden stärker als in der mittleren Phase in Polen selbst die «antisozialistischen Elemente» und vor allem deren «westliche Hintermänner» behandelt, auch die westlichen Massenmedien, die der offenen Aufwiegelung bezichtigt wurden.

Dagegen ist über die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den Streikenden im August kein Wort geschrieben oder gesagt worden. Sowjetische Arbeiter dürfen darüber selbstverständlich nichts erfahren. Aus diesen Gründen werden seit einiger Zeit westliche Radiosender gestört, obwohl dies ein Verstoß gegen das Helsinki-Abkommen ist.

Erstaulich auf den ersten Blick ist die Tatsache, dass nach Unterzeichnung der Vereinbarung, nach Beilegung des Konfliktes und nach der Zusicherung der Werkstätigen, am 1. September die Arbeit wiederaufzunehmen, die Sowjetunion ihre Angriffe gegen die «antisowjetischen Elemente» und die «ausländischen Drahtzieher» am Sonntag abend verstärkte.

Am 1. September berichtete die «Prawda» von den «Machenschaften der Feinde des sozialistischen Polens» und von der beabsichtigten Koor-

bequemte sich zu Konzessionen, und der Ton in der Presse wandelte sich.

Eine Lehre von grosser Bedeutung wird wohl nicht nur von den Arbeitern Polens gezogen werden: Hätten die Arbeiter auf halbem Wege aufgegeben, so wären ihre Führer als «antisozialistische Elemente» verurteilt worden. So aber haben sie ausgeharrt. Vizeministerpräsident Jagielski konnte sich einem Handschlag mit Lech Walesa nicht entziehen, wie ungern er dies auch getan haben mochte. L. R.

dination mit der «reaktionären polnischen Emigration und mit den subversiven Zentren im Westen».

Der polnische Kompromiss wurde zwar in der gleichen Zeitung am 2. September gemeldet, desgleichen die Wiederaufnahme der Arbeit. Doch werde die Produktion desorganisiert.

Am 3. September wurde erstmals von Streiks gesprochen, deren Zahl zurückgehe. Dann folgen schwere Angriffe, angeblich aus der polnischen Presse übernommen: Imperialistische Kreise nützen die Schwierigkeiten des Landes. Die Anführer der antisozialistischen, polenfeindlichen Aktionen stellen demagogische Losungen und Forderungen auf. Viele westliche Besucher bekunden eine antisozialistische Haltung. In Polen gibt es jetzt mehr Vertreter der reaktionären westlichen Presse, die im Ausland jene Informationen verbreiten, die für die subversive Tätigkeit gegen das sozialistische System im Land

selber benützt werden könnten. Soweit die «Prawda» vom 3. September.

Die Sowjetunion ist mit der Entwicklung in Polen offensichtlich unzufrieden. Aber sie ist vorläufig nicht in der Lage, offen zu intervenieren. Daher hilft sie, sogar mit einem Wirtschaftskredit, um die Krise auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, da sie dann intervenieren zu können hofft.

Das wird besondere Probleme schaffen, zum Beispiel in Ungarn. Die dortige Presse hat lange Zeit recht objektiv über die polnischen Ergebnisse berichtet und namentlich auch das Versagen der Wirtschaft hervorgehoben. Am 31. August schwenkte sie jedoch auf eine schärfere Tonart ein und sprach ebenfalls von antisozialistischen Elementen. Vermutlich waren die Bedenken über eine bevorstehende sowjetische Intervention beträchtlich gestiegen. Um so grösser dann die Erleichterung über den Kompromiss. Er wurde in der «Nepszabadsag» vom 3. September ausführlich und mit unterschwelligem Wohlwollen für die Arbeiter dargestellt. Sogar die Forderung nach freien Gewerkschaften wurde erwähnt.

Eine womöglich weitergehende Sympathie für Polens Arbeiter brachte sonst nur die jugoslawische Presse auf: ein Symptom der Freundschaft zwischen beiden Völkern und der mannigfaltigen Parallelen in ihrer Lage.

Die rumänische Presse hat grosse Zurückhaltung an den Tag gelegt. Das ist durchaus verständlich, weil der rumänische Weg einer aussenpolitischen Distanzierung von Moskau durch das Vorbild Polens gefährdet werden könnte.

Die bulgarische und tschechische Presse haben sich den Anweisungen Moskaus unterstellt — — wie nicht anders zu erwarten war.

Die DDR dienerte in besonderem Mass. Mitte August forderte die ostdeutsche Monatszeitschrift «Militärwesen» eine verstärkte internationalistische Erziehung der DDR-Soldaten, um die «kollektive Verteidigungskraft» des Warschauer Paktes zu erhöhen. Der stellvertretende Chef der Politischen Hauptverwaltung der «Nationalen Volksarmee» (NVA), Generalleutnant Hampf, verlangte in einem Artikel von den Soldaten die Bereitschaft, «ihre Heimat und die Länder der sozialistischen Gemeinschaft mit der Waffe in der Hand zu verteidigen».

Wer sich erinnert, dass der Einmarsch in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 mit eben dieser internationalistischen sozialistischen Hilfspflicht begründet wurde, versteht die Forderung Hampfs ohne Schwierigkeiten als Signal an Moskau und Warschau: die DDR ist marschbereit.

Um diesen Wink richtig zu verstehen, hätte es keines weiteren Hinweises bedurft. Ein solcher erfolgte jedoch Ende August in der ostdeutschen Wochenzeitung «horizont» (35/80). Der gleiche Generalleutnant Hampf betonte in einem zweiten Artikel, die NVA erfülle treu «ihre Bündnispflicht zum kollektiven militärischen Schutz des Sozialismus». Die Ausbildung in der NVA sei auf die «absolute Bereitschaft gerichtet, den militärischen Klassenauftrag der Nationalen Volksarmee Schulter an Schulter mit den sowjetischen Kampfgefährten und mit den Waffenbrüdern aus den andern Armeen» des Warschauer Paktes zu erfüllen.

Brav, Pankow, brav. Moskau wird sich freuen. Aber wie wird es danken? Re/Sa.

## RUSSLAND UND WIR Zeitschrift und Forum

für jeden Russlandinteressenten.

Angeichts der Vielzahl von Ost-Publikationen erfüllt diese Zeitschrift des deutschen Sprachgebiets, die sich ausschliesslich mit Russland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, eine besondere Aufgabe.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Körperschaft DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT e. V. für Deutschland, Frankfurt a.M., stehen hervorragende Fachreferenten für alle einschlägigen Gebiete aus Politik, Geschichte, Militär, Religion und Kirche, Wirtschaft, Emigration, Touristik, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung. Alle wesentlichen Bücher über und aus Russland bzw. der Sowjetunion werden hier besprochen und zu Originalpreisen geliefert — dies gilt auch für russischsprachige Literatur — Russland-Reisen vermittelt. Eine Sprachchecke dient der Pflege russischer Sprachkenntnisse.

Jahresbezugspreis DM 12,- zuzüglich Versandkosten (für DRG-Mitglieder im Beitrag — mindestens DM 24,- jährlich — enthalten) Probe-exemplare kostenlos.

## RUSSLAND UND WIR-VERLAG

Verlag und Handlung  
D-6380 Bad Homburg 1  
Sindlinger Weg 1, Tel. (06172) 3 51 91